

«Daten sind Macht»

Ausländische Firmen speichern ihre Daten in Schweizer Hochsicherheits-Rechenzentren. Die Branche müsse die Fehler der Banken vermeiden und Kontrollen zulassen, sagt Unternehmer und Cloud-Besitzer Franz Grüter. *Von Wolfgang Koydl*



«Enorm wertvolles Kapital»: Franz Grüter vor seinen Datenbunkern.

Das Wort «Cloud» gefällt Franz Grüter überhaupt nicht, weil es den Datennutzer irgendwie in die Irre führt. Von der grenzenlosen Freiheit über den Wolken sang einst der deutsche Liedermacher Reinhard Mey, aber an den Datenwolken ist nichts luftig, locker oder gar frei. «Das sind reale Rechner, millionenteure Hardware, und sie stehen auf dem Erdboden in einem Lagerhaus an einem physischen Standort», zählt der Luzerner Unternehmer an den Fingern seiner rechten Hand die Eigenschaften einer Cloud auf. «An diesem Standort gelten die Gesetze des Landes, in dem sie sich befindet.»

Grüter weiss, wovon er spricht, schliesslich ist er selbst ein Cloud-Besitzer. Vor sieben Jahren legte er auf einer grünen Wiese das Fundament für sein erstes Datacenter. Heute betreibt seine Firma Green.ch fünf Hochsicherheitsrechenzentren in der ganzen Schweiz. Firmen aus der ganzen Welt lagern ihre Daten in einem von Grüters Datenbunkern. Namen nennt der neugewählte SVP-Nationalrat nicht: Diskretion ist oberstes Gebot, nicht viel anders als bei den Banken. Grüter fasst es knapp zusammen: «Daten sind ein enorm wertvolles Kapital, und ein vertrauensvoller Umgang ist unabdingbar.»

Der Schweizer Datenpionier hat eine Reihe von Nachahmern gefunden, von denen der Tessiner Shopping-Mall-Eigner Silvio Tarchini mit einem neuen Datenbunker nur einer der vorläufig letzten ist. Das Angebot kommt der Nachfrage kaum nach. So wie einst das Geld, so zieht die stabile, diskrete und neutrale Schweiz heute die Daten an: Rund 20 Prozent des europäischen Datenvolumens lagern heute bereits in Computern zwischen Genf und St. Gallen. Die Gründe sind dieselben, die einst die Vermögen ins Land lockten: eine funktionierende Infrastruktur («Weder wird gestreikt, noch fällt der Strom aus», sagt Grüter), vertrauenswürdige und professionelle Unternehmen und keine unberechenbaren staatlichen Willkürmassnahmen.

Im Visier der USA

Die Aussichten der Branche haben sich verbessert, seitdem der Europäische Gerichtshof im Oktober das sogenannte Safe-Harbor-Abkommen zwischen der EU und den USA für rechtswidrig erklärt hat. Darin verpflichteten sich beide Seiten, bei ihnen gespeicherte Daten «angemessen» vor unberechtigten Zugriffen zu schützen. In Amerika sahen dies die europäischen Richter unter Verweis auf den NSA-Abhörskandal jedoch nicht gewährleistet. «Seitdem wollen immer mehr amerikanische Unternehmen ihre Daten in Europa speichern», sagt Grüter. «Und wenn sie sich in Europa umsehen, sticht die Schweiz durch Stabilität und Rechtsstaatlichkeit hervor.»

Das Potenzial ist gross. Rund 3900 Firmen nutzen das Abkommen und sind von dem Urteil betroffen – von Giganten wie Facebook, Microsoft und Google bis hin zu kleinen und mittelständischen Unternehmen. Doch darin liegt nicht nur eine Chance, sondern womöglich auch ein grosses Problem. «Die Schweiz darf nicht, wie einst die Banken, den Eindruck erwecken, als könne man bei ihr Informationen über illegale Operationen verstecken», gibt Grüter zu bedenken.

Das wurde letzten Endes dem Finanzplatz zum Verhängnis, dessen Bankgeheimnis unter dem Ansturm europäischer und amerikanischer Behörden zerbrach. Es war die Ungleichheit zwischen der Schweiz und dem Ausland gewesen, wo Steuerhinterziehung nicht als Kavaliersdelikt galt, die es erlaubte, den Hebel anzusetzen. Besorgt hat Grüter registriert, wie die einflussreiche US-Senatorin Dianne Feinstein kürzlich den Datenhorst

Schweiz ins Visier nahm und vor der Möglichkeit warnte, dass Terroristen und andere Kriminelle die liberale Gesetzgebung in der Eidgenossenschaft für sich ausnutzen könnten.

Wie akut das Problem ist, zeigt der Fall des jungen Schweizer Start-up-Unternehmens Threema. Der Firma mit Sitz in Pfäffikon SZ war unterstellt worden, dass sich die Urheber der Terroranschläge von Paris mittels der abhörsicheren Kommunikations-App von Threema verständigten. Gerüchte, laut denen Behörden – in- oder ausländische – die Herausgabe der Chiffrierschlüssel verlangten, wurden von Threema-Mitgründer Martin Blatter dementiert. Die Firma verfüge auch gar nicht über diese Schlüssel, da sie von jedem der Kunden selbst erstellt würden.

Threema nützt den Umstand, dass «Anbieter abgeleiteter Dienste» nicht verpflichtet sind, Daten zu speichern. Im Gegensatz dazu müssen grosse Kommunikationsunternehmen in der Schweiz alle E-Mail-, Mobilfunk- oder Festnetzdaten ihrer Kunden sechs Monate lang aufbewahren. Dieser Zeitraum soll mit der geplanten Revision des Gesetzes zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Büpf) auf zwölf Monate verlängert werden. Ausserdem sollen die Behörden die Möglichkeit zu flächendeckender Rasterfahndung und zur Einschleusung von Staatstrojanern erhalten. Ein Komitee, in dem sich Kräfte aus dem gesamten

politischen Spektrum von SVP über FDP und SP bis hin zur Alternativen Liste und zur Piratenpartei wiederfinden, will das Referendum gegen das Gesetz ergreifen.

Grüter ist Mitinitiant und Anführer in dem Komitee. Das ist er sich schuldig, schliesslich hat er nicht von ungefähr den Ruf eines – wie er sagt – «Freiheitskämpfers des Internets», der gegen Kontrolle und Regulierung zu Felde zog. Inzwischen sieht er das ein wenig anders: «Wir müssen internationale Minimalstandards erfüllen, damit wir glaubwürdig bleiben», meint er und verteidigt die Vorratsdatenspeicherung von sechs Monaten Dauer. Nur so werde das Vertrauen in den Standort Schweiz gewahrt. Die Kunden sollen

«Wir müssen internationale Minimalstandards erfüllen, damit wir glaubwürdig bleiben.»

nicht befürchten müssen, dass sich ausländische Strafverfolgungsbehörden unter Berufung auf vermeintlich laxen Sicherheitsstandards mit juristischer Brachialgewalt Zugang zu ihren Daten verschaffen, die sie in der Schweiz in sicheren Händen vermuten.

Den Druck der Politik sieht auch Blatter mit Unbehagen. «Threema speichert weder Verbindungsdaten noch Nachrichteninhalte,

sondern reicht die Nachrichten lediglich vom Sender an den Empfänger weiter», sagt er. Und selbst wenn seine Firma künftig verpflichtet würde, Inhalte abzugreifen, wären sie für die Behörden nutzlos, weil verschlüsselt. Etwaige Forderungen in diese Richtung sieht er denn auch als blosses Pflasterlipolitik an. Aber Blatter erkennt natürlich ebenfalls mögliche Parallelen zum amerikanischen Angriff auf den Finanzplatz Schweiz, wo den Banken die eidgenössische Rechtslage letztlich auch nicht viel nützte.

«Riesiges power game»

Auch Grüter erkennt die Gefahr, dass wir als Land unter Druck gesetzt werden könnten: «Viele Staaten haben das Bedürfnis, zu erfahren, was gespeichert wird.» Ausländische Nachrichtendienste interessieren sich mehr und mehr für Datacenter und würden versuchen, sich in Rechner zu hacken. Der Unternehmer und Politiker stellt die Frage in einen ganz grossen Zusammenhang: «Daten sind Macht», sagt er, «Daten sind ein globales, riesiges power game geworden.» An diesem Spiel beteiligen sich Amerikaner, Chinesen, Russen – alle grossen Mächte. «Und die kleine Schweiz ist plötzlich mitten hinein geraten.» Er seufzt: «Leider ist diese Erkenntnis bei der Politik in Bern noch nicht angekommen. Es ist höchste Zeit, dass sie sich intensiver damit beschäftigt.» ○